



HESSISCHER LANDTAG

10. 12. 2003

Kleine Anfrage

des Abg. Schäfer-Gümbel (SPD) vom 05.09.2003

betreffend fehlende Ausbildungsplätze in Hessen

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die ohnehin dramatische Situation auf dem hessischen Ausbildungsmarkt hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung im Juli 2003 angekündigt, 1.000 Stellen für Praktikanten in der Landesregierung zu schaffen.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich im Einvernehmen mit der Hessischen Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. a) Hat die Landesregierung darüber hinaus Gespräche mit den Sozialpartnern geführt?
 b) Wenn ja, welches Ergebnis hatten diese?

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Koch finden jährlich regelmäßig Gespräche zur Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt und zur Jugendarbeitslosigkeit statt, an denen unter anderem auch die Vertreter der Tarifvertragsparteien teilnehmen. Das letzte dieser Gespräche fand am 17. Juli 2003 statt. Anlässlich dieses Gesprächs wurde unter anderem die "Startgarantie Hessen" vorgestellt und diskutiert. Zuvor, am 20. Mai 2003, führte Ministerpräsident Koch ein gesondertes Gespräch mit Vertretern der Arbeitgeberverbände sowie der Gewerkschaften in Hessen. Ziel dieses Gesprächs war es, die Tarifvertragsparteien zu ermutigen und aufzufordern, in eigener Zuständigkeit zusätzliche Beiträge zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation für junge Menschen zu leisten.

Die Anregung des Ministerpräsidenten, auf tarifvertraglicher Grundlage branchenbezogene Ausbildungsfonds einzurichten, wurde von den Vertretern der Gewerkschaften mitgetragen, stieß bei den Verbänden der Arbeitgeber in Hessen jedoch teils aus grundsätzlichen Gründen, teils im Hinblick auf die schlechte wirtschaftliche Lage auf Ablehnung.

Weitere Gespräche in dieser Frage wurden darüber hinaus auch vom Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen, der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände, Vertretern der Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern geführt.

- Frage 2. Hat die Landesregierung selbst Prüfungen durchgeführt oder Gutachten beauftragt, die sich mit der Finanzierung der beruflichen Ausbildung beschäftigen?

Es ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, die Chancen für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Die Landesregierung verfolgt daher intensiv die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt und insbesondere die von verschiedener Seite gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Situation.

In Vorbereitung des Gesprächstermins vom 17. Juli 2003 wurden verschiedene dieser Vorschläge aufgegriffen und in internen Vermerken bewertet. Ein Gutachten im engeren Sinne wurde nicht vergeben. Darauf habe ich im Ausschuss deutlich hingewiesen.

Frage 3. Wann wurden diese Prüfungen oder Gutachten in Auftrag gegeben bzw. durchgeführt?

Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4. Welche Ergebnisse haben diese Prüfungen oder Gutachten erbracht?

Gutachten gibt es nicht. Interne Vorbereitungsvermerke dienen der Aufbereitung einzelner Sach- und Rechtsfragen zur internen Diskussion und Verwendung innerhalb der Landesregierung.

Frage 5. Wann wird die Landesregierung diese Ergebnisse dem Hessischen Landtag vorlegen?

Es ist nicht üblich und auch nicht angebracht, interne Vermerke der Landesregierung zur eigenen Vorbereitung und Bewertung von Sachthemen dem Landtag vorzulegen.

Wiesbaden, 21. November 2003

Dr. Alois Rhiel